

ITALIEN

# Die Linke erwacht nur langsam



Auf der Politbühne etabliert: Sylvio Berlusconi begrüßt am Montag den EU-Ratspräsidenten José Maria Aznar zum Welterrnährungs-gipfel in Rom. (Foto: epa)

**Silvio Berlusconi feiert seinen ersten Geburtstag als Ministerpräsident. Der Cavaliere darf sich freuen: In Europa findet sich kein zweites Land, mit einer vergleichbaren Verquickung von politischer, ökonomischer und medialer Macht.**

*Irene Mayer ist freie Journalistin. Seit Oktober 2000 lebt die gebürtige Österreicherin in Rom und berichtet unter anderem für die Salzburger Nachrichten.*

Am 11. Juni ist die Regierung unter Ministerpräsident Silvio Berlusconi ein Jahr im Amt. Weniger Steuern, bessere Infrastruktur und mehr Arbeitsplätze hat der Medienprofi vor laufenden TV-Kameras seinen Wählern in einem symbolischen Vertrag zugesichert. Das pathetisch präsentierte Abkommen wurde bis heute nicht eingelöst. Im Gegenteil, viele Versprechungen scheinen entfernter denn je.

Indessen brachte der "Cavaliere" Schritt für Schritt die wichtigsten Bereiche im Lande unter seine Kontrolle. Die Übernahme der Medien, als vierte Macht im Staat, bereitet er seit vielen Jahren systematisch vor. Als Regierungschef hat er nun neben seinem TV-Imperium Mediaset, dessen drei private Fernsehstationen rund 42 Prozent des italienischen Fernsehpublikums erreichen, auch verstärkten Einfluss auf die staatliche RAI. Drei der fünf Vorstände der RAI sind in Regierungshänden.

Wie ungeniert Berlusconi interveniert, hat er nur einen Tag nach der Ernennung der neuen RAI-Führungsriege bewiesen. Er verlangte persönlich, drei Journalisten des öffentlich-rechtlichen Fernsehens zu entlassen, die wiederholt kritisch über ihn berichtet hatten: Enzo Biagi, Michele Santoro sowie der Komiker Daniele Luttazzi hätten vom öffentlichen Sender "kriminellen Gebrauch gemacht". Überhaupt habe die RAI zu lange gegen ihn wie ein "politischer Killer" agitiert, verkündet Berlusconi. Das habe

ihn bei den letzten Wahlen 17 Prozent der Stimmen und damit die absolute Mehrheit gekostet.

## Säuberungswelle in der RAI

Der renommierte 82-jährige Starjournalist Enzo Biagi geht schließlich nach 814 Sendungen von "Il Fatto", in denen allabendlich vor rund sieben Millionen Zuschauern ein aktuelles Tagesthema beleuchtet wird, in Pension. Aus politischen Gründen. Besorgt erinnert Biagi an "das fundamentale Recht auf Meinungsfreiheit" und kritisiert ein "Fernsehregime". Santoro, der "italienische David Letterman", spricht von Machtmissbrauch: "Berlusconi müsste für seine Aussagen angeklagt werden. Doch wir können nicht gegen ihn prozessieren, während er es jederzeit tun kann."

Kritik über Berlusconis Auftreten in diesem Fall kommt auch aus dem rechten Lager. Giuliano Ferrara, Berlusconi Freund und Chef der Tageszeitung "Il Foglio" kommentiert das Verhalten als "einen politischen Fehler und eine ernsthafte Gefährdung der Politkarriere". Die liberale Tageszeitung "La Repubblica" spricht von "einer Säuberungswelle in der RAI". Das italienische Oppositionsbündnis "Ulivo" übt heftige Kritik. "Wir werden von einer Person ohne jegliches Verantwortungsgefühl regiert", zeigt sich Ulivo-Chef Francesco Rutelli alarmiert. Der Mitte-Links-Block will diese "für demokratische Staaten beispiel-

lose Machtergreifung" im Europaparlament zur Sprache bringen. Doch der machtbesessene Regierungschef lässt sich davon nicht beirren. Stattdessen bezeichnet er die Kritik an seinem Führungsstil als "Lügen kommunistischer Desinformation".

Der Justizapparat wird als besonderer Feind auserkoren. Im Ausüben von Doppelrollen erfahren, kommt ein neuer Rollenkonflikt hinzu: Als Angeklagter - Berlusconi ist derzeit in drei Verfahren verwickelt - entwirft der Ministerpräsident Gesetze, meist zugunsten des Beschuldigten. Ein auf den eigenen Vorteil ausgerichtetes Machtspiel hat begonnen. Unterstützt wird der Medientycoon dabei von Parteifreunden und Verteidigern aus früheren Prozessen.

## Protest gegen Berlusconi wächst

So wurde im neuen Gesellschaftsrecht eine Verordnung erlassen, wodurch das Delikt der Bilanzfälschung quasi gestrichen wird. Ein Dekret zur Einführung des Euro soll laut Aussagen keineswegs zum linken Politlager zählender Rechtsexperten die Einfuhr nach Italien von Schwarzgeldern aus dem Ausland erleichtern.

Inzwischen wächst jedoch auch der Widerstand gegen Berlusconis Politik. Den Höhepunkt erreichten die Proteste in diesem Frühjahr. Hunderttausende gingen gegen die demokratiefeindliche Politik auf die Straße. Intellektuelle und Künstler mobili-

sierten gegen Berlusconi. Private Politikomitees riefen zu Protesten in ganz Italien auf. Inmitten dieser Protestwelle erwachte auch die Kritik an der Führung der Linksparteien. Bei einer Veranstaltung des Mitte-Links Bündnisses "Ulivo" gegen die Justizpolitik ergriff der Kultregisseur Nanni Moretti plötzlich das Wort. "Es tut mir leid, aber dies hier ist eine weitere sinnlose Aktion", rief er von der Bühne, "mit dieser Führung werden wir nie gewinnen." Hinter ihm stand die versammelte linke Oppositionsriege.

Der Anpfiff blieb nicht ohne Folgen. Kurz darauf beteiligte sich die gesamte "Ulivo"-Führung erstmals nach den Wahlen vereint an einer Demonstration. Viele Universitätsprofessoren, aber auch Rechtsanwälte, Freiberufler, Künstler und Schriftsteller haben sich dem neuen Politaktivismus angeschlossen. Kaum eine der protestierenden, privaten Initiativen fühlt sich von der offiziellen Linken vertreten.

Der seit langem in Florenz ansässige Historiker Paul Ginsborg übte bei einer Kundgebung scharfe Kritik am Chef der Linksdemokraten Massimo D'Alema: "Du hast den Kontakt mit der Gesellschaft verloren. Politik kann nicht von oben herab gemacht werden", so die Vorwürfe.

Der Parteichef der Mitte-Links-Partei "Democratici di sinistra" (DS) und frühere Ministerpräsident Massimo D'Alema will Berlusconi mit politischem Kalkül anstatt mit Polemiken besiegen. Er zählt damit zur anderen Seite des oppositionellen Lagers, die in der rigorosen Abwehrhaltung gegen den Regierungschef die Gefahr eines unpolitischen und letztlich wirkungslosen Moralismus sieht. D'Alema ist gegen die "Panikmache" der Linken und warnt vor einer Dämonisierung Berlusconis: "Es ist verkehrt, in der aktuellen Situation von Faschismus sprechen; wäre dies der Fall, müssten wir in den Widerstand treten."

Eine erste Bewährungsprobe für die Linke waren die Gemeindewahlen Ende Mai mit neun Millionen Wahlberechtigten. In Genua, der größten Stadt, in der das Gemeindeparlament erneuert wurde, lag bisher "Ulivo" klar vorn. Die Mitte-Rechts-Koalition blieb in einigen Städten hinter den Erwartungen zurück.

Laut Wochenmagazin "L'Espresso" gibt es nur einen Mann, der zurzeit Silvio Berlusconi zum Zittern bringen kann: Sergio Cofferati, Chef des mit 5,4 Millionen Mitgliedern größten Gewerkschaftsbundes CGIL. Am 16. April gelang es ihm, zweieinhalb Millionen Menschen für den längsten Generalstreik der Nachkriegszeit zu mobilisieren. Protestiert wurde dabei unter anderem gegen den Artikel 18, der den Kündigungsschutz regelt und den die Regierung Berlusconi ändern

will. Entlassungen können künftig auch ohne Angaben von Gründen erfolgen. Cofferati, avancierte für viele zum Hoffnungsträger. Der 54jährige, der in Italien wegen seines Aussehens "Il Cinese" genannt wird, lässt sich auch weiterhin nicht - wie die beiden anderen Gewerkschaftsverbände CISL und UIL - auf Verhandlungen mit der Regierung über den Kündigungsschutz ein. Im Gegenteil: Der CGIL-Chef hat in diesen Tagen erneut zu Protesten aufgerufen.

Für Aufsehen sorgte die Regierung Berlusconi in Europa ebenfalls mit ihrem verschärften Einwanderungsgesetz. Geht es nach Berlusconi, Bossi und Fini, soll Italien in eine Festung verwandelt werden. Künftig werden die Fingerabdrücke aller Nicht-EU-Bürger, die in Italien leben, digital gespeichert. Mit diesem Vorschlag ging Lega Nord-Chef Umberto Bossi bereits vor Jahren auf Stimmenfang. Was damals im politisch rechten Spektrum als absurd befunden wurde, sehen die Regierungsparteien heute, als "eine Garantie, für die wahre Identität der Immigranten". Damit soll gefälschten Aufenthaltsgenehmigungen entgegen gewirkt werden.

Im Jahr 2002 hat Italien 46.000 saisonale Gastarbeiter aufgenommen. Künftig soll die Quote nicht mehr jährlich fixiert werden, sondern vom Ministerpräsidenten nach Belieben bestimmt und verändert werden können. Das neue Gesetz sieht vor, dass die Aufenthaltsgenehmigung strikt an einen Arbeitsplatz gebunden ist. Nur Einwanderer, die einen regulären Arbeitsvertrag vorweisen können, sollen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Bei Kündigung erlischt das Aufenthaltsrecht sofort.

Eine Regelung, die sogar beim italienischen Industrieverband Confindustria auf Kritik stößt: "Die Industrie kann ohne die Arbeitskraft von Immigranten nicht überleben. Immer weniger Italiener wollen am Fließband in Fabriken stehen." Im Falle eines Arbeitsverlustes wäre mehr Flexibilität angemessen, fordert Confindustria-Vorstandsmitglied Guidalberto Guidi: "Gesetzlich muss eine Zeit für die Arbeitssuche eingeräumt werden."

Dabei stellt sich Berlusconi Regierungstruppe gerne als Vorreiter der europäischen Festungsbewachung dar. Innenminister Claudio Scajola schlug kürzlich bei einem Treffen mit seinen EU-Kollegen Rom als Sitz der geplanten EU-Grenzpolizei vor.

**Irene Mayer, Rom**